Das Regierungsprogramm

Berlin, 23. September.

Nachdem der Reichskanzler dem Reichspräsidenten einen Vortrag über die politische Lage gehalten hatte, trat das Reichskabinett zusammen, um die Ausarbeitung des Programms vorzunehmen, mit welchem es vor den Reichstag zu treten beabsichtigt und welches die Grundlage der in dieser Woche stattfindenden entscheidenden Besprechungen über die künftige Gestaltung der Regierungsverhältnisse darstellen soll.

Von verschiedenen Seiten wird in der Oeffentlichkeit immer dringender die Forderung erhoben, daß der Reichskanzler das bezüglich der Mehrheitsfrage von ihm bewahrte Stillschweigen bricht und in aller Oeffentlichkeit den Weg, der er einzuschlagen beabsichtigt, kennzeichnet. Dazu ist zu bemerken, daß das Regierungsprogramm erst formuliert sein muß, ehe die Lösung der Mehrheitsfrage im Reichstage in Angriff genommen werden kann. Erst dann wird sich beispielweise herausstellen, in welcher Form die Mitwirkung der Sozialdemokratie möglich ist und welche Konsequenzen für die Zusammensetzung des Kabinetts gegeben sind. Das Sachprogramm der Reichsregierung, dessen Kern in dem Finanz- und Sparprogramm mit dem Ziel der Entlastung der Wirtschaft und in der künftigen Gestaltung der Arbeitslosenversicherung liegt, wird am besten geeignet sein, das durch unverantwortliche Gerüchte im In- und Ausland in Mitleidenschaft gezogene Vertrauen zu der weiteren Entwicklung in Deutschland wiederherzustellen.

Irgendwelche außerparlamentarische Möglichkeiten für die Durchführung des Programms der Reichsregierung kommen nach Lage der Dinge nicht in Betracht.

Der mitunter auftauchende Gedanke einer Minderheitskoalition aus Deutschnationalen und Nationalsozialisten hat ebensowenig Aussicht auf Verwirklichung wie die Idee, Zentrum und Nationalsozialisten unter einen Hut zu bringen.

Immerhin sind, besonders in Kreisen der gemäßigten Rechten, gewisse Strömungen in der Richtung eines Zusammenwirkens der gesamten Rechten einschließlich der Nationalsozialisten vorhanden. Eine in politischen Kreisen sehr beachtete Auslassung des Organs Schieles, der „Deutschen Tageszeitung" gibt davon Kenntnis, daß in diesen Kreisen eine Mitwirkung der Nationalsozialisten, die nach der Auffassung des Blattes nicht als revolutionäre Partei angesehen werden könnte, erwünscht wäre. Wieweit diese Kräfte die künftige Entwicklung beeinflussen werden, läßt sich gegenwärtig noch nicht sagen. Jedenfalls sind die Schwierigkeiten, zu klaren Verhältnissen zu kommen, außerordentlich groß.

Das Wohlfahrterwerbslosen-Problem

Besorgniserregende Zahlen.

Berlin, 23. September.

Die Betreuung der Wohlfahrtserwerbslosen bildet für Gemeinden und Kreise augenblicklich das schwierigste Finanzproblem. Der Präsident des Deutschen Landkreistages Dr. von Stempel bringt hierüber in der „Zeitschrift der Selbstverwaltung" interessante statistische Angaben. Aus diesen geht hervor, daß neben den Stadtkreisen auch die Landkreise als Bezirksfürsorgeverbände in weitestem Maße von der Sorge für die Wohlfahrtserwerbslosen betroffen werden. Die Entwicklung in den Landkreisen hat jedes vorauszusehende Maß überschritten und die Etats der Kreise vollständig über den Haufen geworfen. Aufschlußreich sind die für den Kreis Mörs angegebenen Zahlen. Die Fürsorgeaufwendungen betragen am 31. 12. 1930 in diesem Kreise 1,1 Million mehr als für das Rechnungsjahr 1929. Davon entfallen auf den Kreis 770 000 Mark, auf die kreisangehörigen Gemeinden 330 000 Mark. Da der Kreis Mörs aus Reichssteuerüberweisungen nur 710 000 Mark erhält, übersteigt die vorstehende Belastung diese Summe noch um 60 000 Mark. Im Kreise Bitterfeld werden am 30. 9. 1930 von 1000 Einwohnern 135,65 Wohlfahrtserwerbslosenunterstützung beziehen, das sind 13,56 Prozent der Bevölkerung. Bis zum Ende des Jahres wird sich diese Zahl auf 20,46 gesteigert haben.

Daraus ist zu ersehen, daß, wenn nicht seitens des Reiches in irgendeiner Form Abhilfe geschaffen wird, eine Reihe von Landkreisen in kürzester Frist am Ende ihrer Finanzkraft angelangt sein werden. Die Forderung der Landkreise nach einer wirksamen Reichshilfe entspringt einer brennenden Notlage, deren Bewältigung ihnen aus eigener Kraft nicht mehr möglich ist. Es handelt sich mithin für die Kreise geradezu um eine Lebensfrage, und vom Reich muß erwartet werden, daß es unverzüglich Maßnahmen ergreift, eine wirksame Verminderung der kommunalen Belastung durch die Wohlfahrtserwerbslosen herbeizuführen, um den drohenden finanziellen Zusammenbruch der Kreise abzuwenden.

Landtagsaufhebung gefordert

In Preußen und Hamburg . . .

Berlin, 23. September.

Im Preußischen Landtag ist die folgende nationalsozialistische kleine Anfrage Kube eingegangen:

„Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Preußischen Landtags steht u. a. der wichtige Gesetzentwurf wegen der Neuregelung der kommunalpolitischen Verhältnisse Berlins. Die Reichstagswahlen vom 14. September d. J. haben ergeben, daß die gegenwärtige Regierung, die diesen außerordentlich tiefgreifenden Gesetzentwurf eingebracht hat, trotz Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei keine Mehrheit mehr in der Bevölkerung hat. Ich frage das Staatsministerium: Ist es bereit, den Gesetzen der Demokratie Rechnung zu tragen, den Preußischen Landtag aufzulösen und den mehr als 4 Millionen nationalsozialistischen Wählern in Preußen, die gegenwärtig nur durch sechs Abgeordnete vertreten sind, das verfassungsmäßig vorgesehene Mitbestimmungsrecht endlich zu geben?"

Auch in Hamburg wurde ein Antrag wegen Auflösung der Bürgerschaft aus denselben Gründen eingebracht.

Drohende Kabinettskrise in Oesterreich

Rücktritt des Handelsministers.

Wien, 22. September.

In Wien scheint plötzlich eine Kabinettskrise im Anzuge zu sein. Der österreichische Handelsminister Dr. Schuster hat infolge eines Presseangriffs des Heeresministers und Vizekanzlers Vaugoin sein Portefeuille zur Verfügung gestellt. Vorläufig ist die Lage ungeklärt. Es besteht auch die Gefahr einer Spaltung der Christlichsozialen und einer Gefährdung der Mehrheit Schobers im Nationalrat. Dadurch wäre dann die Möglichkeit einer Parlamentsauflösung in nächste Nähe gerückt.

Vizekanzler Vaugoin hatte dem Vertreter des christlichsozialen „Wiener Montagsblattes" unter Bezugnahme auf das am Sonnabend veröffentlichte offizielle Dementi des Handelsministers in der Angelegenheit der Auszahlung von Sondervergütungen auch unter dem gegenwärtigen Bundesbahnpräsidenten Banhans u. a. erklärt: Ich lasse mir solche Dementis auf die Dauer nicht mehr bieten. Ich finde sie umso seltsamer, als ich ja meine Mitteilung über ungehörig hohe Vergütungen, die auch noch Banhans verteilt wurden, nicht ohne Wissen der zuständigen Herren veröffentlichte, sondern diese vorher, ohne daß sie dagegen Einspruch erhoben hätten, von meiner Absicht verständigt wurden.

Der Handelsminister erklärt die Beschuldigungen gegen Banhaus für absolut haltlos. Er hat die Konsequenzen gezogen und ist zurückgetreten.

Curtius gegen Zaleski

Briand verteidigt den polnischen Standpunkt

Genf, 23. September.

In der Sitzung des 6. Ausschusses fand die Aussprache über die Minderheiten ihren Fortgang. Das große Ereignis des Tages war eine Rede des Reichsaußenministers Dr. Curtius, der das Wort ergriff,

nachdem der polnische Außenminister Zaleski in einem Nachwort zur zweiten Rede Kochs bemerkte, er könne sich nicht erklären, weshalb die deutsche Delegation die ganze Debatte herbeigeführt habe und dagegen Einspruch erhob, daß der deutsche Resolutionsentwurf als Ergebnis der Debatte bezeichnet werde.

Reichsaußenminister Dr. Curtius erklärte u. a., die deutsche Delegation habe nicht die Aenderung der Madrider Beschlüsse beantragt, sondern nur der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sie zu gegebener Zeit einer Prüfung unterzogen würden.

Das Primäre beim Minderheitenschutz bleibe immer die allgemeine Garantie des Völkerbundes, die in den Verträgen lediglich ihre Anwendungsbestimmungen gefunden habe.

Dann wandte sich Curtius gegen die Auffassung des griechischen Außenministers Michalakopoulos, einem Verfechter der längst abgetanen Assimilationstheorie. Die Assimilierung stehe im Widerspruch zu den Interessen und Aufgaben des Völkerbundes. Die deutschen Vertreter hätten immer auch von den Minderheiten loyale Pflichterfüllung verlangt.

Mit der Aufrollung der Minderheitenfrage habe die deutsche Vertretung ein Vermächtnis Stresemanns erfüllt.

Die offene Aussprache habe zu einer Klärung der Auffassung und einer Stärkung des Vertrauens der Minderheiten in den Völkerbund geführt.

Zum Schluß erklärte Curtius die Bereitwilligkeit Deutschlands, über die Ausdehnung des Grundsatzes der Minderheitenschutzverträge positiv zu verhandeln. Zunächst einmal stellten aber die Verträge ein Servitut für die neu geschaffenen Staaten Ost- und Südeuropas dar, die sonst überhaupt nicht hätten ins Leben treten können.

Dann folgte eine scharfe Rede des südslawischen Delegierten Marinkowitsch, der jede Aenderung des Beschwerdeverfahrens ablehnte und erklärte, gegen den Bericht und die deutsche Resolution zu stimmen. Graf Apponyi schloß sich in vollem Umfange den Worten des deutschen Vertreters an.

Schließlich ergriff Briand das Wort. Er äußerte Bedenken gegen den deutschen Entschließungsentwurf, da man aus ihm gegenüber dem Sekretariat den Vorwurf einer Schlebung bei der Behandlung von Minderheitenbeschwerden herauslesen könnte. Dann versuchte Briand die „Gerechtigkeit" des gegenwärtigen Verfahrens zu beweisen.

Die Urheber der Friedensverträge hätten durch den Minderheitenschutz niemals innerhalb der Staaten kleine, ständig revolutionierende Staaten schaffen wollen. Wenn auch Briand sich bemühte, sich nach beiden Seiten hin ausgleichend und vermittelnd zu zeigen, so war die Quintessenz seiner Rede doch der gut gemeinte Rat, es müsse immer mehr auf eine Befriedung und Ueberbrückung der Gegensätze hingearbeitet werden. Die Minderheiten sollten sich „ihren Staaten anpassen". Das Ideal der Minderheitenpolitik sei die fortschreitende Heranziehung der Minderheiten zu allen staatsbürgerlichen Aufgaben.

Auf welche Weise die Reibungsflächen verschwinden sollen, wenn die bisher betriebene Minderheitenpolitik in gewissen Staaten fortdauert und man fortfährt, den Minderheiten gewaltsam ihr Volkstum zu rauben, das bleibt Briands Geheimnis.

Wieder 2500 Arbeiter vor der Entlassung

Dortmund, 23. September.

Außer der bereits gemeldeten beabsichtigten Entlassung von 1230 Arbeitern und Angestellten der „Gute-Hoffnungshütte" in Oberhausen bringen auch die Vereinigten Stahlwerke auf ihrer Zeche „Germania" in Dortmund 1483 Arbeiter und Angestellte zur Entlassung. Von dieser Zeche bleibt nur ein Revier in Betrieb, das mit einer benachbarten Zeche vereinigt wird. Bei der Gewerkschaft Steinkohlenbergbau „Friedrich der Große" beträgt die Zahl der zur Entlassung Kommenden 960; auch hier werden die Kokerei- und die Nebenbetriebe stillgelegt. Das Eisen- und Stahlwerk Hoesch in Dortmund entläßt auf einer seiner Zechen 150 Arbeiter. In Oberhausen-Sprockhövel wird auf der Zeche „Kleine Windmühle" der gleichen Gewerkschaft die Förderung eingestellt; die Belegschaft wird hier auf einer Nachbarzeche untergebracht.

Ein bemerkenswerter Antrag der Wirtschaftspartei

Dresden. Die Wirtschaftspartei hat am Montag im Landtag in Form eines Gesetzentwurfes einen Antrag betreffend die Aenderung des Gesetzes über die Aufwandsentschädigung der Landtagsabgeordneten vom 14. September 1922 eingebracht. § 1, Absatz 3, dieses Gesetzes soll folgende Fassung erhalten: **Die Aufwandsentschädigung wird nach der Neuwahl erstmalig 8 Tage nach der gem. Art. 5 und 26 der Verfassung des Freistaates Sachsen dem Landtag obliegenden Wahl des Ministerpräsidenten, später an jedem Monatsersten im Voraus gezahlt.**

In der Begründung heißt es, erste und vornehmste Pflicht eines neugewählten Landtags sei nach den Bestimmungen der sächsischen Verfassung in Art. 5 und 26 die Wahl des Ministerpräsidenten. Die Neuwahl solle verfassungsmäßig zur Folge haben, daß eine Regierung gebildet wird, die den durch den Wahlausfall zum Ausdruck gekommenen Willen des Volkes in Vollzug setzt. Der Vollzug des Volkswillens im Sinne der Verfassung sei aber erst nach der Wahl eines Ministerpräsidenten durch den neugewählten Landtag möglich. **Das Volk habe ein unbestreitbares Recht darauf, unverzüglich nach den Neuwahlen den sichtbaren Ausdruck seines Willens in der Umgestaltung der Regierung vor sich zu sehen. Es erscheine daher billig, die Auszahlung der Aufwandsentschädigung erst eintreten zu lassen, wenn der Landtag diesem höchsten Volksrecht Rechnung getragen habe.**

Aufnahme der Fraktionsarbeiten

Dresden. Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei wird am 29. ds. Mts. zu ihrer nächsten Fraktionssitzung zusammentreten. Bei dieser Gelegenheit wird voraussichtlich auch Stellung genommen werden zu der kürzlich von der Wirtschaftspartei ergangenen Anregung betreffend die Regierungsbildung in Sachsen. Für den gleichen Tag sind noch weitere Fraktionssitzungen in Aussicht genommen worden.

Allerlei Neuigkeiten

Ueberfall auf eine Berliner Vorortvilla. Am Sonntagabend wurde auf die Villa des Kunstmalers Femeker in der Nähe von Neubabelsberg bei Potsdam von zwei Männern ein schwerer Ueberfall verübt. Die beiden versuchten in die Villa einzudringen und verlangten die Herausgabe des gesamten Geldes, andernfalls würden sie das Landhaus in Brand stecken. Der Maler, mit seiner Frau in äußerster Bedrängnis, gab einen Revolverschuß ab, durch den einer der Verbrecher, der Tischler Neumann aus Nowawes, am Bein verletzt wurde. Das Ueberfallkommando nahm Neumann und seinen Komplizen Döhring fest. Es scheint sich um einen Racheakt zu handeln, da der Tischler Neumann behauptet, der Kunstmaler sei ihm für vorgenommene Arbeiten noch Geld schuldig.

Unglück auf der Münchener Oktoberwiese. Am Sonntagabend ereignete sich bei dem Münchener Oktoberfest ein Unglück. Bei dem Zusammenstoß eines Karussels wurden zwei Personen schwer und vier leicht verletzt.

Schweres Schrankenunglück im Rheinland. Wie aus Arnheim im Rheinland berichtet wird, wurde auf der Bahnstrecke Arnheim—Velp ein Kraftwagen, in dem sich die Frau eines Fabrikdirektors aus Apeldorn mit ihren beiden Kindern befand, beim Ueberqueren eines Bahnüberganges von einem mit voller Geschwindigkeit herankommenden D-Zug erfaßt und 300 Meter mitgeschleift. Die Frau wurde durch den Zusammenstoß 20 Meter weit geschleudert und auf der Stelle getötet. In den Trümmern des Wagens lagen die beiden Kinder, von denen das achtjährige Mädchen bereits tot war, während der fünfjährige Knabe bald darauf starb.

Unter Mordverdacht verhaftet. Die Lübecker Kriminalpolizei verhaftete den 59 Jahre alten Schlächter Friedrich Kasten, der unter dem Verdacht steht, den Kaufmann Luckmann in der Nähe von Plön ermordet zu haben. Bei Kasten wurden die Luckmann geraubten Wertsachen, goldene Uhr, Zigarettentasche usw. vorgefunden, und auch die geraubten Kleidungsstücke konnten herbeigeschafft werden. Kasten, der mit Zuchthaus vorbestraft ist, steht bei einem Landmann in Pogetz in Mecklenburg in Arbeit. Bisher leugnet er, das Verbrechen begangen zu haben.

Handwagen vom Auto überfahren. — Zwei Tote. In Sibyllenort fuhr ein aus Breslau kommendes Auto auf einen Handwagen auf, der von einem Schrankenwärter geführt wurde, und in dem sich dessen beide Kinder befanden. Das Auto schleifte den Handwagen etwa 40 Meter mit. Der Führer des Handwagens und seine Tochter erlitten so furchtbare Verletzungen, daß sie kurz darauf starben, während der 10 Jahre alte Sohn mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus gebracht werden mußte.

Eifersuchtstragödie. Der Tischlermeister Schensog in Trachenberg erschoß den Schneidergesellen Joche, feuerte auf die verheiratete Tochter des Gastwirts, in dessen Hause er seine Werkstatt hatte und tötete sich selbst durch einen Schuß. Die junge Frau hat nur leichte Verletzungen erlitten. Die Bluttat soll auf die Eifersucht des Schensog zurückzuführen sein, der in die junge Frau verliebt war. Da sie anscheinend den anderen vorzog, glaubte er sich zu dieser Tat veranlaßt.

Schwerer Zusammenstoß. Auf der Karower Chaussee ereignete sich in der Nähe des Malchower Chausseehauses ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Berliner Auto, dessen 8 Insassen betrunken waren, und einem Wismarer Krankenauto. Der Zusammenprall war so heftig, daß aus dem Berliner Kraftwagen drei Personen zehn Meter weit herausgeschleudert wurden. Ein Insasse des Berliner Autos erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, der andere schwere Kopfverletzungen. Die beiden Berliner wurden dem Malchower Krankenhaus zugeführt. Während das Berliner Auto stark demoliert wurde, wurde das Wismarer Auto nur leicht beschädigt.

Opfer des Sturmes. Der Sturm der letzten Tage hat an der französischen Küste ernstlicheren Schaden angerichtet, als man anfänglich angenommen hatte. Bei Douarnez sind